

Vertrag über die Unterhaltsreinigung für das Objekt Weissacher Str. 11. 70499 Stuttgart

Zwischen der

SBK Siemens-Betriebskrankenkasse
Ganghoferstr. 29
80339 München

- nachfolgend „SBK“ genannt -

und der

[Zuschlagsempfänger, wird nach Zuschlagserteilung ergänzt]

- nachfolgend „Auftragnehmerin“ genannt -

- beide gemeinsam nachfolgend „Parteien“ genannt -

wird der folgende Vertrag geschlossen:

Präambel

Die SBK hat einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag über die Unterhaltsreinigung für das Objekt Weissacher Str. 11. 70499 Stuttgart ausgeschrieben.

Die Auftragnehmerin hat als wirtschaftlichste Bieterin den Zuschlag erhalten.

Dies vorangestellt, schließen die Parteien den folgenden Vertrag:

§ 1 Gegenstand des Vertrages

1. Gegenstand dieses Vertrages ist die Unterhaltsreinigung des Objektes Weissacher Str. 11. 70499 Stuttgart nach näherer Maßgabe dieses Vertrages und seinen Bestandteilen, insbesondere der
 - a. Anlage 01: Antworten auf Bieterfragen und Klarstellungen der SBK im Vergabeverfahren,
 - b. Anlage 02: Leistungsbeschreibung (nebst Anlagen)
 - c. Anlage 03: Preisblatt
 - d. Anlage 09: Konzept Personalerfahrung
 - e. Anlage 10: Konzept Qualitätssicherung
2. Auf den vorliegenden Vertrag finden die Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs Anwendung. Die Hauptleistungspflicht der Auftragnehmerin besteht darin, den vertraglich vereinbarten Reinigungserfolg herbeizuführen.
3. Die VOL/B wird vereinbart und findet Anwendung, soweit in diesem Vertrag nichts Abweichendes geregelt ist.
4. Die Auftragnehmerin nimmt die Gestellung der für die Durchführung des Vertrages beruhenden Personal- und Sachmittel selbst und in eigener Verantwortung vor, soweit dieser Vertrag nicht ausdrücklich Abweichungen vorsieht. Sie erbringt die Leistungen als selbstständige Unternehmerin. Sie und die von ihr bei der Vertragserfüllung eingesetzten Mitarbeitenden unterliegen bei der konkreten Ausgestaltung und Organisation der Vertragserfüllung keinem arbeitsrechtlichen Direktionsrecht der SBK. Ein Arbeitsverhältnis wird nicht begründet.
5. Die Auftragnehmerin erklärt, dass ihr die in diesem Vertrag und insbesondere **Anlage 02: Leistungsbeschreibung** aufgeführten Fachbegriffe bekannt und verständlich sind.

§ 2 Leistungszeit und Leistungsort

1. Die zu reinigenden Gebäude und Gebäudeteile ergeben sich aus der **Anlage 02: Leistungsbeschreibung (nebst Anlagen)**.
2. Die jeweiligen Ausführungsintervalle und der Turnus für einen Reinigungsdurchgang (Leistungszeit) bei der Unterhaltsreinigung ergeben sich aus der **Anlage 02: Leistungsbeschreibung (nebst Anlagen)**. Auf Abruf der SBK und nur untergeordnet sind Sonderreinigungsleistungen zu erbringen. Es wird insoweit eine verbindliche Höchstabnahmegrenze von zwei Personentagen pro Jahr festgelegt.
3. Soweit die Reinigungsleistung nach Absatz 2 auf Abruf der SBK erfolgt, ist die SBK berechtigt, den konkreten Ausführungsbeginn der Auftragnehmerin nach billigem Ermessen zu bestimmen oder zu verändern (einseitiges Leistungsbestimmungsrecht gemäß § 315 BGB). Hierbei hat die SBK auf die berechtigten Interessen der Auftragnehmerin angemessen Rücksicht zu nehmen. Insbesondere ist der Auftragnehmerin der festgelegte Ausführungsbeginn in jedem Fall so rechtzeitig anzuzeigen, dass der Auftragnehmerin eine ordnungsgemäße Planung und Vorbereitung der Ausführung möglich ist.

§ 3 Qualifikation und Erfahrung der eingesetzten Mitarbeitenden

1. Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, bei der Vertragserfüllung nur solche Mitarbeitenden einzusetzen, die dazu qualifiziert sind, und die von der Auftragnehmerin in der **Anlage 09: Konzept Personalerfahrung** zugesagte Erfahrung verfügen. Die Auftragnehmerin weist der SBK die Erfüllung dieser Erfahrung der von ihr eingesetzten Mitarbeitenden, auf Verlangen unverzüglich nach.
2. Die Auftragnehmerin verspricht der SBK die Zahlung einer Geldsumme in Höhe von EUR 1.000 – bei Vorarbeitern EUR 3.000 – als Vertragsstrafe für jeden Einzelfall, in dem die von ihr bei der Vertragserfüllung eingesetzten Mitarbeitenden nicht oder nicht vollständig die in der **Anlage 09: Konzept Personalerfahrung** zugesagte Erfahrung besitzen. Der Fortsetzungszusammenhang ist ausgeschlossen. Satz 1 gilt nicht, wenn die Auftragnehmerin der SBK nachweist, dass sie die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Schadensersatzansprüche und sonstige Ansprüche der SBK bleiben unberührt. Eine verwirkte Vertragsstrafe wird nicht auf Schadensersatzansprüche angerechnet.

§ 4 Mitwirkungspflichten der SBK

Die SBK verpflichtet sich, der Auftragnehmerin alle zur Leistungserbringung erforderlichen Informationen rechtzeitig zur Verfügung zu stellen, soweit die Beschaffung dieser Information zumutbar ist, nicht im Verantwortungsbereich der Auftragnehmerin liegt und dies mit den datenschutzrechtlichen Bestimmungen und sonstigen Rechtsvorschriften vereinbar ist. Sie verpflichtet sich weiterhin, der Auftragnehmerin im erforderlichen Umfang den Zutritt zu den zu reinigenden Geschäftsräumen zu den jeweiligen Geschäftszeiten und auch außerhalb der jeweiligen Geschäftszeiten zu gewähren.

§ 5 Fachliche Anordnungen der SBK an die Auftragnehmerin

1. Die Auftragnehmerin bestimmt aufgrund ihrer Fachkenntnisse die allgemeine fachliche Art und Weise der Ausführung der Leistung nach vorheriger Abstimmung mit der SBK.
2. Die SBK ist dazu berechtigt, gegenüber der Auftragnehmerin hinsichtlich der Art und Weise der Ausführung der vertragsgegenständlichen Leistungen fachliche Anordnungen zu treffen. Die Verantwortung für die Ausführung dieser Anordnungen obliegt der Auftragnehmerin.
3. Hat die Auftragnehmerin Bedenken gegen eine Anordnung der SBK, insbesondere zur Umsetzbarkeit oder Zweckmäßigkeit, so hat sie diese der SBK unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 6 Änderung der Leistung

1. Die SBK ist dazu berechtigt, Änderungen von Inhalt und Umfang der vertraglich zu erbringenden Leistungen im Rahmen von § 2 VOL/B i. V. m. § 132 GWB zu verlangen. Die nachträgliche Leistungsänderung bedarf der gegenseitigen schriftlichen Vereinbarung. Sie muss vergaberechtskonform sein.
2. Änderungsverlangen der SBK hat die Auftragnehmerin auf ihre Zweckmäßigkeit zu überprüfen. Sofern die Auftragnehmerin Bedenken gegenüber einem Änderungsverlangen hat, hat sie diese unverzüglich, spätestens innerhalb von 10 Kalendertagen nach Zugang des Änderungsverlangens schriftlich mitzuteilen. Das Risiko der ordnungsgemäßen Erfüllung der geänderten Leistung trägt die Auftragnehmerin, soweit sie nicht gegenüber SBK unverzüglich hinreichend konkrete Bedenken geäußert hat. Die Auftragnehmerin wird die infolge der gewünschten Änderungen zusätzlich benötigte Zeit, etwaige eintretende Zeitverzögerungen für übrige Leistungen und den Mehraufwand ermitteln. Beeinflusst die Änderung der Leistung die Ausführungsfristen, weist die Auftragnehmerin die SBK darauf hin. Unterlässt die Auftragnehmerin die entsprechenden Hinweise, kann sie eine Anpassung der sonstigen vertraglichen Leistungen (z.B. Terminverschiebungen) nicht geltend machen.
3. Dabei ist die Auftragnehmerin verpflichtet, die kalkulatorischen Ansätze für die bisherigen Leistungen zugrunde zu legen. Die Vergütung der Leistungsänderungen bestimmt sich nach den Grundlagen der Preisermittlung für die vertragliche Leistung und den besonderen Kosten der geforderten Leistungsänderung. Die Parteien streben eine einvernehmliche Vertragsanpassung im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen an. Können sich die Parteien nicht einigen, werden die Konditionen von einem sachverständigen Gutachter nach billigem Ermessen bestimmt, der von der IHK auf Antrag einer oder beider Parteien benannt wird. Die Kosten des Sachverständigen werden zwischen den Parteien hälftig geteilt.
4. Führen Leistungsänderungen zu Minderausgaben, sind diese zu verrechnen.
5. Sämtliche Leistungsänderungen sind vor Beginn der Ausführung in einer schriftlichen Zusatzvereinbarung zu regeln, in der die zusätzliche Vergütung und etwaige Änderungen des Zeitablaufs festzuhalten sind.
6. Leistungen, die die Auftragnehmerin unter eigenmächtiger Abweichung von diesem Vertrag ausführt, werden nicht vergütet. Solche Leistungen hat die Auftragnehmerin auf Verlangen innerhalb einer angemessenen Frist zurückzunehmen oder zu beseitigen, ansonsten können sie auf ihre Kosten und Gefahr beseitigt werden. Eine Vergütung steht der Auftragnehmerin jedoch zu, wenn die SBK angebotene Leistungen zusätzlich annehmen wird. Dazu bedarf es der nachträglichen schriftlichen Vereinbarung.

§ 7

Leistungserbringung bei Objektumzug

1. Sollte die SBK während der Vertragslaufzeit das Vertragsobjekt an einen anderen Standort verlegen, bleibt dieser Vertrag mit unverändertem Leistungsumfang und zu den in diesem Vertrag festgelegten Vertragsbedingungen bestehen. Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, die Unterhaltsreinigung am neuen Standort in gleicher Qualität, Frequenz und zum vereinbarten Preis gemäß der **Anlage 02: Leistungsbeschreibung (nebst Anlagen)** und **Anlage 03: Preisblatt** fortzuführen.
2. Ein Standortwechsel innerhalb eines Umkreises von 25 Kilometern (gemessen als kürzeste Straßenverbindung vom bisherigen Standort) hat keinen Einfluss auf die Vergütung gemäß **Anlage 03: Preisblatt**. Sämtliche mit dem Umzug verbundenen Mehrkosten, insbesondere erhöhte Fahrtkosten oder zusätzlicher Zeitaufwand, sind durch die bestehende Vergütung gemäß **Anlage 03: Preisblatt** abgegolten und können nicht gesondert in Rechnung gestellt werden.
3. Liegt der neue Standort außerhalb des 25-Kilometer-Radius nach Absatz 2, kann die Auftragnehmerin über die in **Anlage 03: Preisblatt** vereinbarte Vergütung hinaus nur dann erhöhte Kosten geltend machen, wenn sie nachweist, dass ihr aufgrund der zusätzlichen Entfernung erhebliche und nicht zumutbare Mehrkosten entstehen. In diesem Fall können die Parteien einvernehmlich eine angemessene Anpassung der Fahrtkosten im Hinblick auf die Kilometerpauschale vereinbaren, die sich ausschließlich auf den über den 25-Kilometer-Radius hinausgehenden Mehraufwand bezieht. Eine einseitige Erhöhung der Vergütung durch die Auftragnehmer ist ausdrücklich ausgeschlossen.
4. Sollte der neue Standort zu einer Reduzierung der zu reinigenden Flächen um mehr als 10 % im Vergleich zum bisherigen Objekt führen, ist die SBK berechtigt, eine verhältnismäßige Anpassung der Vergütung vorzunehmen. Maßgeblich ist hierbei die tatsächliche Veränderung des Leistungsumfangs.

5. Die SBK wird die Auftragnehmerin mindestens vier Wochen vor dem geplanten Umzugstermin schriftlich über den neuen Standort und mögliche Veränderungen im Reinigungsumfang in Textform informieren. Sollte die Auftragnehmerin die Unterhaltsreinigung am neuen Standort aus wirtschaftlichen und/ oder logistischen Gründen nicht mehr erbringen können, hat sie dies der SBK innerhalb von zehn Werktagen nach Erhalt der Mitteilung über den neuen Standort in Textform mitzuteilen. Erfolgt innerhalb dieser Frist keine schriftliche Mitteilung, gilt die Fortführung der Leistungserbringung als akzeptiert.
6. Sollte die Auftragnehmerin – nach erfolgter Umzugsmitteilung durch die SBK – gemäß Absatz 5 Satz 2 – nachweisen, dass die Fortführung des Vertrags am neuen Standort für sie unzumutbar ist, hat die SBK das Recht, den Vertrag mit einer Frist von vier Wochen zum Monatsende außerordentlich zu kündigen. Die Auftragnehmerin hat in diesem Fall keinen Anspruch auf Schadensersatz oder sonstige Vergütungen über den Zeitpunkt der Vertragsbeendigung hinaus.

§ 8

Einschlägige Vorschriften, Regeln der Technik

1. Die Auftragnehmerin hat alle einschlägigen allgemein anerkannten Regeln der Technik und Handelsbräuche, insbesondere – aber nicht abschließend – alle in der Leistungsbeschreibung etwa aufgeführten einschlägigen DIN-Vorschriften, Gewerbe- und Brandschutzbestimmungen, Vorschriften zum Umweltschutz und zur Arbeitssicherheit, Unfallverhütungsvorschriften, Herstellerhinweise, die VDI-, VDE- und VDS-Bestimmungen sowie alle Vorschriften der Berufsgenossenschaft in der zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses geltenden Fassung zu beachten.
2. Bei der Anwendung von Arbeitsmitteln und Materialien hat die Auftragnehmerin die Herstellerangaben zu berücksichtigen und jegliche Maßnahmen und Handlungen auszuschließen, die dazu geeignet sind, Gefahren für Mensch oder Umwelt auszulösen.
3. Im Falle von Änderungen der in Absatz 1 genannten Regelwerke und/oder der Einführung neuer einschlägiger Regelwerke nach Inkrafttreten dieses Vertrags hat die Auftragnehmerin die SBK hierauf unverzüglich hinzuweisen sowie aufzuzeigen, ob und ggf. welche Leistungsänderungen bzw. -erweiterungen in Folge dieser Änderungen erforderlich sind und welche Auswirkungen diese auf die Vergütung haben. Entsprechendes gilt im Falle der Änderung von Herstellerangaben im Sinne des Absatzes 2.

§ 9

Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit

1. Die Auftragnehmerin wird im Rahmen des Zumutbaren nur solche Arbeitsmittel, Materialien (insbesondere Reinigungs-, Pflege- und Behandlungsmittel), Techniken und Verfahren bei der Leistungserbringung verwenden, die umweltverträglich und nachhaltig sind.
2. Im Einzelnen wird insoweit auf die **Anlage 02: Leistungsbeschreibung (nebst Anlagen)** verwiesen.

§ 10

Überlassung von Räumlichkeiten

1. Die SBK überlässt der Auftragnehmerin zum Zwecke der Vertragsdurchführung ohne gesonderte Berechnung in dem aus ihrer Sicht erforderlichen Umfang Räumlichkeiten in dem vertragsgegenständlichen Objekt. Ein Anspruch der Auftragnehmerin auf Überlassung von Räumlichkeiten besteht nicht.
2. Die Auftragnehmerin hat die Räumlichkeiten pfleglich zu behandeln und insoweit auf angemessene Sauberkeit zu achten.
3. Die SBK ist dazu berechtigt, die überlassenen Räumlichkeiten nach freiem Ermessen zurückzufordern, auszutauschen oder in sonstiger Weise zu verändern.

§ 11

Wasser und Strom

1. Die SBK stellt der Auftragnehmerin zum Zwecke der Vertragsdurchführung ohne gesonderte Berechnung in dem aus ihrer Sicht erforderlichen Umfang kaltes und warmes Wasser sowie Strom zur Verfügung.
2. Die Zurverfügungstellung im Sinne des Absatzes 1 erfolgt ausschließlich im Rahmen der bestehenden Anschlüsse und Kapazitäten.

§ 12

Arbeitsmittel und Materialien

1. Die Auftragnehmerin ist dazu verpflichtet, sämtliche für die Vertragsdurchführung benötigten Arbeitsmittel und Materialien (je nach Erforderlichkeit z. B. Reinigungs-, Pflege- und Behandlungsmittel, Reinigungsgeräte, Reinigungsmaschinen, Reinigungswagen, Werkzeuge, Hilfsmittel, Hilfsstoffe, Verbrauchsmaterialien und Verschleißteile) jederzeit im Rahmen des Erforderlichen zu stellen. Dies erfolgt in eigener Verantwortung und auf eigene Kosten, soweit dieser Vertrag nicht ausdrücklich ein anderes vorsieht.
2. Die Bestimmungen nach §§ 10 und 11 für Räumlichkeiten, Büroausstattung, Wasser und Strom bleiben von dem vorstehenden Absatz 1 unberührt.

§ 13

Fachliche Leistungs- und Qualitätskontrollen

1. Zum Zwecke der Überprüfung, ob die Auftragnehmerin ihre vertraglichen Hauptleistungspflichten ordnungsgemäß erfüllt, ist die SBK jederzeit und ohne vorherige Ankündigung zur Durchführung von fachlichen Leistungs- und Qualitätskontrollen befugt. Die SBK trägt die Kosten der Kontrollen. Soweit die Kontrollen Pflichtverletzungen der Auftragnehmerin bei den ihr nach diesem Vertrag obliegenden Reinigungsleistungen aufzeigen oder bestätigen, hat die Auftragnehmerin der SBK die Kosten der Kontrollen abweichend von Satz 2 zu erstatten. Dies gilt nicht, wenn die Auftragnehmerin die Pflichtverletzungen nicht zu vertreten hat.
2. Im Rahmen der Leistungs- und Qualitätskontrollen ist die SBK insbesondere berechtigt, zu den vertraglich vorgesehenen Betriebszeiten die der Auftragnehmerin überlassenen Räumlichkeiten zu betreten und Einsicht in Akten der Auftragnehmerin zu verlangen, soweit diese für die Überprüfung des vertraglich geschuldeten Erfolges relevant sind und dies mit den geltenden Bestimmungen des Datenschutzes sowie bestehenden Vertraulichkeitsverpflichtungen vereinbar ist.
3. Hiervon unberührt bleiben die Zusagen der Auftragnehmerin gemäß **Anlage 10: Konzept Qualitätssicherung**. Die Auftragnehmerin verspricht der SBK die Zahlung einer Geldsumme in Höhe von EUR 1.000 als Vertragsstrafe für jeden Einzelfall, in dem sie in der **Anlage 10: Konzept Qualitätssicherung** zugesagte Qualitätskontrollen nicht oder nicht vollständig durchführt. Der Fortsetzungszusammenhang ist ausgeschlossen. Satz 1 gilt nicht, wenn die Auftragnehmerin der SBK nachweist, dass sie die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Schadensersatzansprüche und sonstige Ansprüche der SBK bleiben unberührt. Eine verwirkte Vertragsstrafe wird nicht auf Schadensersatzansprüche angerechnet.

§ 14

Zusammenarbeit zwischen den Parteien

1. Stellt die Auftragnehmerin erforderliche und/ oder zweckmäßige Änderungen im Leistungsumfang oder -inhalt fest, so hat sie die SBK hierauf unverzüglich schriftlich hinzuweisen. Die Parteien werden sich sodann über die Umsetzung der Feststellung verständigen.
2. Die Auftragnehmerin benennt in der **Anlage 08: Verantwortlicher Ansprechpartner** einen für die Vertragserfüllung wirtschaftlich, organisatorisch und fachlich verantwortlichen Ansprechpartner sowie einen Stellvertreter, der die zur Durchführung dieses Vertrages erforderlichen Auskünfte erteilen und Entscheidungen entweder treffen oder kurzfristig herbeiführen kann.
3. Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, den Ansprechpartner der SBK zu unterrichten, sobald und soweit die Durchführung des Vertrages dies erfordert.
4. Die Auftragnehmerin ist auf Verlangen der SBK verpflichtet, schriftliche Berichte über ihre Arbeitsergebnisse vorzulegen, aus denen sich folgende Punkte ergeben müssen:
 - a) Bisherige (Teil-) Leistungen,
 - b) Problemfragen und Lösungsansätze,
 - c) voraussichtliche Dauer bzw. zeitlicher Aufwand bis zur Störungsbeseitigung.
5. Die Reinigungsarbeiten sind so durchzuführen, dass die dienstlichen Belange der SBK möglichst nicht beeinträchtigt werden.
6. Die Auftragnehmerin ist dazu verpflichtet, alle Gegenstände, die im Bereich der zu reinigenden Objekte von Mitarbeitenden gefunden werden, der SBK gegen Quittung zu übergeben. Finderlohn wird hierfür nicht gezahlt.

§ 15

Unterauftragnehmer/ Eignungsleihe

1. Die Auftragnehmerin darf im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages die in dem **Anlagenkonvolut 06: Eigenerklärung wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit, Eigenerklärung technische und berufliche Leistungsfähigkeit** und dem **Anlagenkonvolut 07: Informationen zu Unteraufträgen bei Angebotsabgabe, Nachweis Unterauftragnehmer** gegebenenfalls benannten Unterauftragnehmer einsetzen.
2. Darüber hinaus bedarf der Unterauftragnehmereinsatz der vorherigen Zustimmung der SBK in Textform. Dies gilt für Unterauftragnehmer aller Stufen.
3. Die Auftragnehmerin teilt der SBK spätestens bis Leistungsbeginn – soweit nicht in dem diesem Vertrag vorangehenden Vergabeverfahren bereits erfolgt – die Firmen, die Firmensitze, die Kontaktdaten und die gesetzlichen Vertreter ihrer Unterauftragnehmer mit (einschließlich Namen, Anschrift, Berufsgenossenschaft und Mitgliedsnummer).
4. Für Unterauftragnehmer aller Stufen gilt § 128 Absatz 1 GWB. Setzt die Auftragnehmerin Unterauftragnehmer ein, hat sie diese zur Beachtung des § 128 GWB zu verpflichten. Für Unterauftragnehmer weiterer Stufen hat die Auftragnehmerin insoweit eine Hinwirkungspflicht.
5. Die Auftragnehmerin hat Unterauftragnehmer davon in Kenntnis zu setzen, dass der vorliegende Vertrag einen öffentlichen Auftrag im Sinne des § 103 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen zum Gegenstand hat.

§ 16

Vergütung der Auftragnehmerin

1. Für die Leistungen nach diesem Vertrag erhält die Auftragnehmerin die in der **Anlage 03: Preisblatt** ausgewiesene Nettovergütung zuzüglich der jeweils gültigen gesetzlichen Umsatzsteuer. Leistungen der Unterhaltsreinigung werden nach den angegebenen Monatspreisen vergütet. Sonderreinigungsleistungen, die nach Bedarf der SBK auf Abruf anfallen, werden nach dem im Preisblatt vorgesehenen Einheitspreis (Stundensatz) vergütet. Für aufgewendete Verbrauchshygieneartikel erstattet die SBK der Auftragnehmerin die jeweils nachgewiesenen Einkaufskosten (Open-Book-Verfahren); zusätzlich erhält die Auftragnehmerin die ausgehend hiervon bemessene Management-Fee.
2. Die in der **Anlage 03: Preisblatt** vereinbarten Preise sind bis zum Ablauf der Vertragslaufzeit gültig, soweit nicht dieser Vertrag ein Abweichendes regelt.
3. Soweit nach diesem Vertrag nicht ausdrücklich abweichend geregelt, beinhaltet die Vergütung alle sonstigen Kosten, Gebühren, Auslagen und Nebenleistungen der Auftragnehmerin sowie alle Reinigungs- und Pflegemittel, Maschinen, Geräte und sonstige Hilfsmittel.
4. Nachtrags- oder Zusatzleistungen der Auftragnehmerin werden von der SBK nur dann vergütet, wenn sie von der SBK vorab schriftlich verlangt und entsprechend dokumentiert sind, und hierüber von der Auftragnehmerin eine entsprechende Abrechnung aufgestellt wird.
5. Leistungen, die die Auftragnehmerin ohne Anordnung, ohne Auftrag oder unter eigenmächtiger Abweichung vom Auftrag ausführt, werden nicht vergütet und sind – soweit möglich – zurückzunehmen. Die Auftragnehmerin haftet für Schäden, die der SBK hieraus entstehen. Eine Vergütung steht der Auftragnehmerin jedoch zu, wenn die SBK solche Leistungen nachträglich anerkennt. Eine Vergütung steht ihr im Weiteren zu, wenn die Leistungen für die Erfüllung des Vertrags notwendig waren, dem mutmaßlichen Willen der SBK entsprachen und ihr unverzüglich angezeigt wurden. Die Vorschriften des BGB über die Geschäftsführung ohne Auftrag (§§ 677 ff. BGB) bleiben unberührt.
6. Soweit die Auftragnehmerin gegen ihre Zusagen zum Personaleinsatz in der **Anlage 10: Konzept Qualitätssicherung** verstößt, ist die SBK dazu berechtigt, die Vergütung anteilig zu kürzen. Zusätzlich verspricht die Auftragnehmerin der SBK die Zahlung einer Geldsumme in Höhe von EUR 1.000 als Vertragsstrafe für jeden Einzelfall, in dem sie die in der **Anlage 10: Konzept Qualitätssicherung** zugesagte Personalstärke nicht oder nicht vollständig für die Auftragsdurchführung einsetzt. Der Fortsetzungszusammenhang ist ausgeschlossen. Satz 1 gilt nicht, wenn die Auftragnehmerin der SBK nachweist, dass sie die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Schadensersatzansprüche und sonstige Ansprüche der SBK bleiben unberührt. Eine verwirkte Vertragsstrafe wird nicht auf Schadensersatzansprüche angerechnet.

§ 17

Anpassung der Vergütung im Hinblick auf die Kosten für Personal- und Arbeitsmittel

1. Die SBK kann die in § 16 vorgesehene Vergütung nach näherer Maßgabe der nachfolgenden Absätze 2 bis 5 nach billigem Ermessen an die Entwicklung der Kosten für Personal- und Arbeitsmittel anpassen, die bei der Auftragnehmerin für die Kalkulation der Vergütung maßgeblich sind.
2. Eine Anpassung der Vergütung durch die SBK kommt auf Antrag einer Partei in Betracht, wenn sich die in Absatz 1 genannten Kostenfaktoren der Auftragnehmerin jeweils einzeln oder in Summe mehr als nur unerheblich erhöhen oder absenken. Stichtag ist jeweils der Tag der Angebotsabgabe der Auftragnehmerin im Vergabeverfahren zu diesem Vertrag bzw. der Tag der zuletzt für den relevanten Einzelauftrag durchgeführten Anpassung der Vergütung. Unerheblich ist eine Veränderung der Kostenfaktoren, wenn sich diese jeweils einzeln oder in Summe um weniger als zwei Prozent gegenüber dem Stichtag verändert oder sich die Veränderung nicht auf die Durchführung der relevanten Leistung auswirkt. Steigerungen bei einem Kostenfaktor können nur in dem Umfang für eine Anpassung der Vergütung herangezogen werden, in dem kein Ausgleich durch etwaig rückläufige Entwicklungen anderer genannter Kostenfaktoren erfolgt. Kostensenkungen können nur zu einer Anpassung der Vergütung führen, soweit sie nicht durch Steigerungen bei anderen genannten Kostenfaktoren ganz oder teilweise ausgeglichen werden.
3. Im erforderlichen schriftlichen Antrag sind die begehrte Anpassung der Vergütung vom Antragsteller schlüssig darzulegen und der Anpassungsgrund nachzuweisen.
4. Anpassungen der Vergütung im Sinne der vorstehenden Absätze 1 bis 2 treten frühestens an dem Tage in Kraft, an dem das jeweils maßgebende Ereignis eingetreten und wirksam geworden ist, nicht aber vor dem Zugang eines schlüssigen und mit den erforderlichen Nachweisen versehenen Antrages im Sinne von Absatz 3. Rückwirkende Anpassungen der Vergütung scheiden aus.
5. Die Regelungen des § 315 BGB bleiben unberührt.

§ 18 Abrechnung

- (1) Die Rechnungserstellung erfolgt im Folgemonat nach der durchgeführten Reinigungsdienstleistung jeweils als Schlussrechnung nach Leistungserbringung. Die Rechnung wird von der SBK unverzüglich geprüft und der Betrag binnen 14 Tagen nach Erhalt einer ordnungsgemäßen und prüffähigen Rechnung auf das vom Auftragnehmer angegebene Konto überwiesen. Die Frist beginnt jedoch nicht vor dem Tag der mangelfreien Erfüllung der Leistung. Als Zeitpunkt der Zahlung gilt bei Überweisung oder Auszahlung von einem Konto der Tag, an dem die SBK der Leitbank den Überweisungsauftrag übermittelt hat. Die Umsatzsteuer ist auszuweisen.
- (2) Der Rechnung ist ein aussagekräftiges Reporting beizufügen, das die Durchführung der Reinigungsleistungen gemäß der Leistungsbeschreibung dokumentiert. Die in der Anlage 03: Preisblatt enthaltenen Leistungspositionen sind in der Rechnung so darzustellen, dass eine sachliche und rechnerische Prüfung gewährleistet ist.
- (3) Sonderreinigungsleistungen, die auf Abruf der SBK erfolgen, werden nach tatsächlichem Arbeitsaufwand gemäß dem im Preisblatt vorgesehenen Stundensatz abgerechnet. Für Leistungen, die nach Zeitaufwand vergütet werden, sind prüffähige Tätigkeitsnachweise beizufügen.
- (4) Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass die Versteuerung der Vergütung durch ihn selbst zu erfolgen hat. Ebenso obliegt es dem Auftragnehmer, eigenverantwortlich für seine soziale Absicherung Sorge zu tragen und gegebenenfalls notwendige Genehmigungen einzuholen. Die SBK ist zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen nicht verpflichtet.
- (5) In der Rechnung sind ferner folgende Angaben notwendig:
- Angabe der Vertragsnummer 2025_1942
- Ausschreibung: Unterhaltsreinigung Standort Weissacher Str. 11. 70499 Stuttgart
- (6) Die Rechnungsstellung erfolgt an folgende Adresse:
SBK Siemens Betriebskrankenkasse,
PA ZD ZD MIP
PF 100955
04009 Leipzig
- (7) Für gesetzlich zu leistende bzw. vertraglich vereinbarte Vorauszahlungen ist eine gesonderte Vorauszahlungsrechnung zzgl. Umsatzsteuer aufzustellen.

- (8) Gutschriften (z.B. Konsolidierungsrabatte o.ä.) nach Verrechnung mit evtl. Rechnungsbeträgen aus der gleichen Rechnungsperiode sind der SBK innerhalb von 10 Tagen nach Gutschriftsdatum zu erstatten. Gutschriften, die nach diesem Zeitpunkt erstattet werden, befinden sich im Verzug, ohne dass es einer gesonderten Mahnung bedarf. Für im Verzug befindliche Beträge ist ein Verzugszins von 2,0% p.a. über dem jeweils gültigen Basiszinssatz fällig und zahlbar.
- (9) Die Rechnungsstellung/Gutschrift muss über folgende Kanäle erfolgen können:
 - als Rechnung per E-Mail (Rechnung im PDF-Format, Anhänge im csv/xlsx-Format),
 - als Rechnung in physikalischer Form (Papierform).
 - optional über das Format XRechnung.

Die Vorgaben der Anlage 11: Beiblatt zu Rechnungen bleiben unberührt, soweit einschlägig.

- (10) Die Gutschriften überweist der Auftragnehmer auf das nachfolgende Konto des Auftraggebers: Kontoinhaber: SBK-Siemens Betriebskrankenkasse IBAN: DE11 7902 0076 0027 9131 72 BIC: HYVEDEMM455 Überweisungstext: Unterhaltsreinigung Standort Weissacher Str. 11. 70499 Stuttgart.

§ 19 Abnahme

1. Die SBK ist dazu berechtigt, von der Auftragnehmerin die förmliche Abnahme der vertragsgegenständlichen Leistungen zu verlangen. Eine fiktive bzw. stillschweigende Abnahme insbesondere durch Nutzungsaufnahme oder Zahlung ist in diesem Falle ausgeschlossen.
2. Die Auftragnehmerin kann Teilabnahmen für in sich abgeschlossene Teilleistungen verlangen. Ein Reinigungsdurchgang (Intervall) gilt als in sich abgeschlossene Teilleistung.
3. Über die Abnahme erstellt die Auftragnehmerin auf Verlangen der SBK ein Protokoll, das von beiden Seiten zu unterzeichnen ist. In diesem Fall erfolgt die Abnahme im Zweifel nur unter Vorbehalt der Beseitigung von im Protokoll zu benennender Mängel.
4. Ist die Leistung nicht vertragsgemäß und verweigert die SBK deshalb zu Recht die Abnahme oder erfolgt eine Abnahme unter Vorbehalt der Beseitigung von im Protokoll zu benennender Mängel, so ist die Auftragnehmerin verpflichtet, jeweils unverzüglich eine vertragsgemäße Leistung zu erbringen und die Mängel zu beseitigen, die voraussichtliche Dauer der Mängelbeseitigung mitzuteilen und nach Abschluss der Nacharbeiten die Mängelbeseitigung anzuzeigen sowie die Abnahme zu terminieren.

§ 20 Gewährleistung und Haftung

1. Die Haftung für Sach- und Rechtsmängel richtet sich nach den Bestimmungen der VOL/B und im Übrigen nach den gesetzlichen Bestimmungen, soweit sich aus diesem Vertrag nicht ein anderes ergibt.
2. Die Auftragnehmerin haftet für alle Schäden, die durch eine von ihr zu vertretende Verletzung ihrer Verkehrssicherungspflichten entstehen. Sie gewährleistet bei der Leistungsausführung insbesondere den Personen- und Gebäudeschutz durch das umsichtige Verwenden von geeigneten Materialien und Gerätschaften.
3. Werden gegen die SBK Ansprüche aus einer Verletzung der der Auftragnehmerin vertraglich obliegenden Aufgaben und/ oder Pflichten gerichtlich oder außergerichtlich geltend gemacht, so ist die Auftragnehmerin verpflichtet, die SBK bei der Abwehr dieser Ansprüche in jeder Hinsicht zu unterstützen, d. h. insbesondere die erforderlichen Informationen zu erteilen, substantiierten Sach- und Rechtsvortrag zu leisten, vorhandene Unterlagen aufzubereiten und Fristen zu beachten.
4. Werden Vertragstermine für Reinigungsleistungen aus einem von der Auftragnehmerin zu vertretenden Grund überschritten, hat die SBK – alternativ zur vorstehenden Regelung in Absatz 2 – für jeden Werktag der Fristüberschreitung Anspruch auf eine Vertragsstrafe i. H. v 0,1 % der Netto-Gesamtauftragssumme, insgesamt jedoch maximal 5 % der Netto-Gesamtauftragssumme (unter Ansatz auch der vorgesehenen Höchstabnahmegrenzen)
5. Sobald die Auftragnehmerin bzgl. eines Vertragstermins in Verzug geraten und eine Vertragsstrafe verwirkt ist, wird eine weitere Vertragsstrafe bei der Überschreitung weiterer Vertragstermine nur verwirkt, wenn insoweit zusätzlicher bzw. neuer Verzug der Auftragnehmerin eingetreten ist.

6. Schadensersatzansprüche und sonstige Ansprüche der SBK bleiben unberührt. Die Vertragsstrafe wird jedoch auf Schadensersatzansprüche angerechnet. Weitere Rechte der SBK, insbesondere das Recht zur Geltendmachung eines tatsächlich eingetretenen höheren Schadens, bleiben unberührt.
7. Die Geltendmachung einer Vertragsstrafe muss nicht bei der Abnahme vorbehalten werden, sondern kann bis zur Schlusszahlung auf die Schlussrechnung erklärt werden.
8. Die nach diesem Vertrag geschuldeten Vertragsstrafen sind auf insgesamt maximal 5 % der Netto-Gesamtauftragssumme begrenzt.
9. Die Auftragnehmerin verpflichtet sich zur Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften.
10. Die Auftragnehmerin stellt die SBK auf erstes Anfordern von sämtlichen Schadensersatz- und sonstigen Ansprüchen Dritter frei, die gegenüber der SBK wegen einer Pflichtverletzung der Auftragnehmerin im Rahmen der Vertragsdurchführung geltend gemacht werden. Satz 1 gilt nicht, wenn die Auftragnehmerin die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Der Freistellungsanspruch umfasst auch die notwendigen gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten der Anspruchsabwehr, sofern die Rechtsverteidigung/ Prozessführung in Abstimmung mit der Auftragnehmerin erfolgt.
11. Mängel und Schäden in den Räumen an den Rahmen- und Glasflächen und Einrichtungsgegenständen sind der SBK unverzüglich anzuzeigen. Soweit diese Mängel und Schäden eine Gefährdung für Mitarbeitende der Auftragnehmerin darstellen, darf die Reinigung nicht vor Beseitigung der Gefahr ausgeführt werden.
12. Die Auftragnehmerin ist dazu verpflichtet, bei Arbeiten, die die in und an den zu reinigenden Gebäuden anwesenden Mitarbeitenden gefährden können, die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen durchzuführen.
13. Die Bewachung und Verwahrung der von der Auftragnehmerin gestellten Arbeitsmittel und Materialien ist Sache der Auftragnehmerin. Die SBK ist hierfür nicht verantwortlich.

§ 21

Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung

1. Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, zur Sicherung möglicher Ersatzansprüche aus diesem Vertrag eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Deckungssummen vorzuhalten (zweifach maximiert pro Versicherungsjahr):

a) für Personen- und Sachschäden	EUR 2,50 Mio.
b) für Vermögensschäden	EUR 0,10 Mio.
c) für Allmählichkeitsschäden	EUR 0,50 Mio.
d) für Umweltschäden	EUR 0,05 Mio.
e) für Schlüsselschäden (auch: Codekarten)	EUR 0,05 Mio.
2. Der Versicherungsschutz wurde im Vergabeverfahren zu diesem Vertrag nachgewiesen. Die Auftragnehmerin hat jährlich oder nach begründeter Aufforderung unverzüglich eine aktualisierte Versicherungsbestätigung über den Fortbestand der Versicherung vorzulegen.
3. Eine Haftungsbeschränkung ist mit den vorstehenden Bestimmungen nicht verbunden.

§ 22

Zertifizierungen der Auftragnehmerin

1. Die Auftragnehmerin muss während der gesamten Dauer des Vertrages über eine gültige Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001 und DIN EN 14001 oder gleichwertig verfügen. Der Nachweis der Gleichwertigkeit obliegt der Auftragnehmerin.
2. Die Auftragnehmerin hat den Nachweis des Fortbestandes dieser Zertifizierungen auf entsprechendes Verlangen der SBK unverzüglich zu erbringen.

§ 23

Einhaltung und Kontrolle von Lohn- und Mindestarbeitsbedingungen

1. Die Auftragnehmerin hat bei der Ausführung gemäß § 128 Abs. 1 GWB alle für sie geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung zu entrichten, die arbeitsschutzrechtlichen Regelungen einzuhalten und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder einer nach § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden.
2. Die SBK ist jederzeit berechtigt, die Einhaltung der unter Absatz 1 genannten Verpflichtungen während der Vertragsdurchführung zu überprüfen. Hierzu ist die Auftragnehmerin verpflichtet,
 - a. der SBK auf deren Verlangen unverzüglich, spätestens aber innerhalb von zwei Wochen nach entsprechender Anforderung, alle notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen und Informationen zu erteilen, aus denen sich die Einhaltung der unter Absatz 1 genannten Verpflichtungen – auch durch etwaige Nachunternehmer – zweifelsfrei ergibt, und
 - b. ihre Mitarbeiter sowie etwaige Nachunternehmer auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen.

Sofern die Unterlagen personenbezogene Daten enthalten, hat die Auftragnehmerin rechtzeitig sicherzustellen, dass alle erforderlichen Zustimmungen der Berechtigten vorliegen und alle ggf. datenschutzrechtlich erforderlichen Vorkehrungen getroffen sind, um der Nachweispflicht unverzüglich nachkommen zu können. Hilfsweise kann der Nachweis vorläufig in anonymisierter Form sowie unter Beachtung des Datenschutzrechts erfolgen.
3. Die SBK kann den vorliegenden Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist außerordentlich kündigen, wenn die Auftragnehmerin
 - a. eine Pflicht aus Absatz 1 schwerwiegend oder nach vorheriger Abmahnung wiederholt verletzt oder
 - b. trotz vorheriger Abmahnung nicht sicherstellt, dass etwaige Nachunternehmer die Pflichten aus Absatz 1 einhalten.

§ 24

Datenschutz, Vertraulichkeit

1. Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, die geltenden Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) einzuhalten.
2. Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, alle ihr im Vergabeverfahren zu diesem und alle ihr im Zuge der Durchführung des Vertrages von der SBK zugänglich gemachten und bei Gelegenheit der Zusammenarbeit erlangten Informationen über Angelegenheiten der SBK, die als vertraulich gekennzeichnet sind, die bei einer mündlichen Übermittlung als vertraulich bezeichnet werden, oder die aus Sicht eines objektiven Beobachters als vertraulich erkennbar sind, vertraulich zu behandeln und geeignete Vorkehrungen zum Schutz dieser Informationen zu treffen. Es ist ihr untersagt, vertrauliche Informationen ohne schriftliche Einwilligung der anderen Partei zu einem anderen als dem zur vertragsgemäßen Aufgabenerfüllung vorgesehenen Zweck zu verwerten, Dritten zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Diese Pflicht gilt auch für Informationen, die mit der Auftragnehmerin verbundene Unternehmen im Sinne der §§ 15 ff. AktG und deren Kunden betreffen.
3. Vertrauliche Informationen im Sinne von Absatz 2 dürfen nur an die Mitarbeitende oder sonstige Dritte weitergegeben werden, die sie aufgrund ihrer Tätigkeit im Rahmen des Vertrages erhalten müssen und nur in dem Umfang, der für die Vertragserfüllung erforderlich ist.
4. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit besteht unbegrenzt über das Ende des Vertrags hinaus.

§ 25

Überleitung bei Vertragsbeendigung

1. Mit Vertragsbeendigung hat die Auftragnehmerin die ihr nach diesem Vertrag überlassenen Räumlichkeiten und die ihr überlassene Büroausstattung unverzüglich an die SBK herauszugeben.
2. Es erfolgt eine Übergabeinspektion. Die SBK darf sich hierbei eines Sachverständigen und/oder sonstiger Dritten bedienen. Der Zustand der von der Auftragnehmerin genutzten Räumlichkeiten

und Büroausstattung einschließlich eventueller Mängel oder Besonderheiten wird in einem Übergabeprotokoll festgehalten.

3. Im Falle einer Vertragsbeendigung, d.h. auch einer Kündigung aus wichtigem Grund, hat die Auftragnehmerin die Ergebnisse ihrer Leistungen der SBK so zu übergeben, dass ein Dritter die Leistungen fortführen kann. Die Parteien sind verpflichtet, die von der Auftragnehmerin ausgeführten Leistungen innerhalb von 5 Werktagen nach Kündigung gemeinsam festzustellen und zu dokumentieren.
4. Die Auftragnehmerin hat auf Verlangen der SBK und gegen Zahlung einer marktüblichen Vergütung die von der SBK benannten Personen in einem zur ordnungsgemäßen Fortsetzung der Arbeiten hinreichendem Umfang in die Durchführung der vertragsgegenständlichen Leistungen einzuarbeiten, und zwar unabhängig davon, ob es sich hierbei um Mitarbeiter der SBK oder einen Dritten handelt.

§ 26

Vertragslaufzeit, Kündigung, Probezeit

1. Der Vertrag tritt mit Zuschlagserteilung in Kraft.
2. Leistungsbeginn für die jeweils vorgesehenen Reinigungsleistungen ist der 01.05.2027.
3. Der Vertrag hat eine Grundlaufzeit bis zum 30.04.2031 (= 4 Jahre). Er verlängert sich automatisch jeweils wiederkehrend um ein weiteres Jahr, soweit er nicht von der SBK gekündigt wird, höchstens jedoch bis zum Ablauf des 30.04.2033 (= 6 Jahre; Höchstlaufzeit).
4. Hiervon unberührt bleibt das gesetzliche Recht der Auftragnehmerin zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund.
5. Die ersten sechs Monate der Leistungszeit gelten als Probezeit. Innerhalb dieser Zeit kann die SBK den Vertrag mit einer Frist von einem Monat zum Ende eines Kalendermonats ordentlich kündigen.
6. Kündigungen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

§ 27

Vertragsbestandteile

1. Bestandteile dieses Vertrages sind in der folgenden Reihen- und Rangfolge:
 - a) der Text dieses Vertrages
 - b) Anlage 01: Antworten auf Bieterfragen und Klarstellungen der SBK im Vergabeverfahren
 - c) Anlage 02: Leistungsbeschreibung (nebst Anlagen)
 - d) Anlage 03: Preisblatt (= Vordruck 08)
 - e) Anlage 04: Stundenkalkulationsblatt (= Vordruck 08a)
 - f) Anlage 05: Bewerber-/ Bietergemeinschaftserklärung (= Vordruck 02)
 - g) Anlage 06: Eigenerklärung wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit, Eigenerklärung technische und berufliche Leistungsfähigkeit (= Vordrucke 05 und 05a, zusammen auch Anlagenkonvolut 06 genannt) – soweit relevant –
 - h) Anlage 07: Informationen zu Unteraufträgen bei Angebotsabgabe, Nachweis Unterauftragnehmer (= Vordrucke 07 und 07a, zusammen auch Anlagenkonvolut 07 genannt) – soweit relevant –
 - i) Anlage 08: Verantwortlicher Ansprechpartner (= Vordruck 06)
 - j) Anlage 09: Konzept Personalerfahrung (= Vordruck 09)
 - k) Anlage 10: Konzept Qualitätssicherung (= Vordruck 10)
 - l) Anlage 11: Beiblatt zu Rechnungen
 - m) Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen, Teil B (VOL/B) in aktueller Fassung
 - n) Zusätzliche Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen - Ausgabe Juni 2018
2. Allgemeine Geschäftsbedingungen der Auftragnehmerin finden keine Anwendung.

§ 28

Schlussregelungen

1. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Gleiches gilt für die Aufhebung des Schriftformerfordernisses.
2. Für die Einhaltung der Schriftform im Sinne dieses Vertrags genügen das Telefax oder der Austausch eingescannter Dokumente per E-Mail.
3. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

4. Ausschließlicher Gerichtsstand ist, soweit gesetzlich zulässig, München.
5. Sollten einzelne oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam und/oder unanwendbar sein oder im Laufe der Durchführung werden, oder sollte sich eine Lücke herausstellen, so wird die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen hiervon nicht berührt. Anstelle der unwirksamen und/oder unanwendbaren Bestimmung oder zur Ausfüllung der Lücke soll gem. § 306 Abs. 2 BGB die gesetzliche Regelung treten und sofern eine gesetzliche Regelung fehlt, eine angemessene Regelung, die, soweit möglich, dem am nächsten kommt, was die Parteien wirtschaftlich gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieses Vertrags wollen würden, wenn sie diesen Punkt bedacht hätten.
6. Aus Gründen der leichten Lesbarkeit wird zum Teil die männliche Sprachform verwendet. Dies impliziert jedoch keine Benachteiligung des weiblichen oder diversen Geschlechts, sondern ist im Sinne der sprachlichen Vereinfachung als geschlechtsneutral zu verstehen.

_____, den

München, den

Auftragnehmerin

SBK